

Finanzkrise der Kommunen

Bürgermeister unterstützen Wittmunder Appell

Finanznot der Kommunen: Fürwentsches und Kuck bei Übergabe in Hannover dabei

Lilienthal/Ritterhude. Um auf die dramatische Finanzlage der Kommunen hinzuweisen und vom Land mehr Geld einzufordern, ist dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten Olaf Lies am Dienstag der sogenannte Wittmunder Appell überreicht worden. Lilienthals Bürgermeister Kim Fürwentsches und sein Ritterhuder Amtskollege Jürgen Kuck waren in Hannover bei der Übergabe dabei, genauso wie etwa 60 weitere Rathauschefs aus ganz Niedersachsen. "Unsere Botschaft ist angekommen, auch wenn der Ministerpräsident keine verbindlichen Zusagen gemacht hat", berichtete Fürwentsches nach dem Ende der rund halbstündigen Aktion vor dem Landtag.

Rund 300 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Niedersachsens haben den Appell unterschrieben, der Anfang November in Wittmund verfasst worden war. Darin fordern sie, in einem ersten Schritt den kommunalen Finanzausgleich um eine Milliarde Euro anzuheben. Hintergrund: Ein Großteil der niedersächsischen Kommunen kann seine Haushalte nicht ausgleichen. Für 2024 und 2025 werden Defizite von insgesamt mehr als vier Milliarden Euro erwartet, ein historisches Tief.

Lilienthal erwartet für das nächste Jahr ein Minus von 2,4 Millionen Euro, 2027 liegt der erwartete Fehlbetrag bei 2,9 Millionen Euro. Für Bürgermeister Kim Fürwentsches sind die Probleme der Kommunen nicht hausgemacht, sondern haben strukturelle Ursachen. Bei den Haushaltsberatungen Anfang Dezember hatte der Bürgermeister bereits deutlich gemacht, dass das Land den Finanzausgleich für die Kommunen grundlegend reformieren müsse. Der Bürgermeister und der Gemeinderat waren sich auch einig darin, dass bei den sogenannten freiwilligen Leistungen der Gemeinde wie etwa bei den Aufwendungen für Sportstätten, die Bibliothek oder die Volkshochschule nicht gespart werden dürfe, weil gerade sie wichtig seien für das gesellschaftliche Miteinander und das Lebensgefühl in der Gemeinde.

Der Appell warnt auch vor den Gefahren für die Demokratie, die sich aus den fehlenden Geldern ergeben: Die Entscheidungen vor Ort würden direkt auf Bürger und Unternehmen wirken und hätten direkten Einfluss darauf, ob der Staat als handlungsfähig eingestuft werde. Wenn die finanziellen Mittel fehlen, um Aufgaben erledigen zu können, würde der Frust steigen und Zweifel an der demokratischen Stabilität fördern.

Marco Trips, Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, übergab am Dienstag den in Wittmund verfassten Appell der Kommunen. Der Termin fiel zusammen mit dem Beginn der Haushaltsberatungen im Niedersächsischen Landtag für das kommende Jahr. Neben dem Ministerpräsidenten war auch die Niedersächsische Innenministerin Daniela Krause vor Ort, um die Botschaft des Spitzenverbandes und der Bürgermeister entgegenzunehmen. "Ich fand es gut, dass sich Herr Lies die Zeit genommen hat, um den Appell entgegenzunehmen", berichtete Fürwentsches im Nachgang.

Lutz Rode

[Bürgermeister unterstützen Wittmunder Appell](#)